



13/05/2026

17. Mai: Homophobe Gewalt hält an, reaktionäre Diskurse nehmen zu

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie, Biphobie, Transphobie und Interphobie veröffentlichen Unia und das Institut für die Gleichstellung von Frauen und Männern ihre Zahlen für 2025 zu den geschützten Merkmalen sexuelle Orientierung, Geschlechtsausdruck und Geschlechtsidentität, Geschlechtsmerkmale sowie medizinische oder soziale Transition.¹

Unia - Schwere Taten, die zur Eröffnung einer Akte führen

Im Jahr 2025 bleibt die Zahl der Meldungen bei Unia ähnlich wie 2024, mit fast einer Meldung pro Tag (311 Meldungen). Fast die Hälfte (151 Fälle) führte zur Eröffnung einer Akte. Diese Umwandlungsrate von Meldungen in Akten liegt deutlich höher als der Durchschnitt der anderen geschützten Merkmale (24 %). Sie zeugt von der Schwere der gemeldeten Vorfälle, bei denen es sich häufig um Straftaten handelt.

Der Bereich „Gesellschaftliches Leben“ ist mit 61 Akten am stärksten vertreten und betrifft insbesondere Übergriffe im öffentlichen Raum. Der zweite Bereich ist die Beschäftigung, wo ein Anstieg homophober Belästigung am Arbeitsplatz festzustellen ist. Der dritthäufigste Bereich sind die Medien, häufig Beleidigungen in sozialen Netzwerken.

Unia - Physische, verbale und strukturelle Gewalt

Unter den 142 im Jahr 2025 abgeschlossenen Akten, für die somit eine rechtliche Einstufung möglich war, nehmen Hassdelikte einen zentralen Platz ein; in 4 von 10 Akten handelt es sich um strafbare Handlungen, vor allem Körperverletzung und Belästigung. Schwule und bisexuelle Männer, sowie in geringerem Maße lesbische und bisexuelle Frauen machen unter den Merkmalen, für die Unia zuständig ist, den größten Anteil an Hasskriminalität aus.

Im Übrigen verzeichnet Unia 39 % Akten, die Diskriminierungen betreffen (in Beschäftigung, Wohnraum, Gütern und Dienstleistungen usw.), ein steigender Wert, sowie 22 % Akten, die unter Hassrede fallen (Aufstachelung zu Hass, Diskriminierung oder Gewalt, Beleidigungen, Drohungen).

Erinnern wir daran, dass diese Zahlen eine erhebliche Untererfassung verbergen: Viele Opfer melden die Vorfälle nicht, weder bei der Polizei noch bei anderen Stellen wie Unia.²

¹ Unia ist zuständig für das Kriterium „sexuelle Orientierung“, während das Institut für die Gleichstellung von Frauen und Männern für die Kriterien „Geschlecht“ und „Gender“ zuständig ist

² [LGBTIQ Survey - Country factsheet - Belgium](#)

Institut – Diskriminierungen und Hassrede gegen trans, nichtbinäre und intergeschlechtliche Personen: weitgehend unsichtbar gemachte Realitäten

Das Institut für die Gleichstellung von Frauen und Männern zählte im Jahr 2025 94 Meldungen von Diskriminierung von trans, nichtbinären oder intergeschlechtlichen Personen in Bezug auf medizinische und/oder soziale Transition, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder Geschlechtsmerkmale. Darüber hinaus wurden 454 Meldungen transphober Hasshandlungen/-äußerungen gemeldet (darunter 392 im Zusammenhang mit einer einzigen Veröffentlichung in einem französischsprachigen Medium).

Diese Meldungen stellen nur einen winzigen Teil der allgegenwärtigen Diskriminierungen dar. In einer kürzlich vom Institut veröffentlichten Studie zu den Lebensbedingungen und Diskriminierungserfahrungen von transgeschlechtlichen und/oder nichtbinären Personen geben mehr als 8 von 10 Personen an, in den letzten zwei Jahren Diskriminierung erlebt zu haben, insbesondere online, im Bereich der Gesundheitsversorgung und bei der Arbeitssuche.

Unia - Eine gerichtliche Anerkennung

Im Jahr 2025 und im ersten Quartal 2026 wurden 10 Akten zu homophober Gewalt, in denen Unia als Zivilpartei auftrat, vor Gericht verhandelt. Das diskriminierende Motiv wurde in 9 von 10 Fällen als erschwerender Umstand anerkannt. Diese Anerkennung ist wesentlich, um die Sanktionen zu verschärfen und ein klares Signal an die Gesellschaft zu senden.

Außerdem stützte sich die Verteidigung der Angreifer in einigen Fällen von Hinterhalten gegen homosexuelle Männer auf eine „Jagd auf Pädophile“. Diese alte, diffamierende und völlig unbegründete Vermischung hat keinen einzigen Richter überzeugt.

Allgemeine Polarisierung

Dieses feindselige Klima wird durch die Studie des Instituts zu den Lebensbedingungen von trans und/oder nichtbinären Personen bestätigt: Fast 70 % der Befragten sind der Ansicht, dass Vorurteile und Intoleranz in den letzten zwei Jahren zugenommen haben, eine Entwicklung, die weitgehend negativen Haltungen und Diskursen in den Medien und in sozialen Netzwerken zugeschrieben wird (84,8 %). Die Folgen für die Lebensqualität von LGBTI+-Personen sind real: Der jüngste Bericht von Lumi, dem Zuhörtelefon von Cavarria (Dachverband der flämischen LGBTI+-Vereinigungen), belegt einen Anstieg um 15 % der Anrufe zu Situationen von Angst oder Depression.

RainbowHouse Brussels und Prisme (die Brüsseler beziehungsweise wallonischen Dachverbände) betonen ebenfalls das Aufkommen bestimmter reaktionärer Bewegungen in sozialen Netzwerken, wie etwa des Maskulinismus, die die Risiken verbaler und physischer Gewalt gegen LGBTI+-Personen verstärken könnten.

Hasshandlungen verstehen und verhindern: eine Priorität

Unia und das Institut für die Gleichstellung von Frauen und Männern rufen die politischen Verantwortlichen auf allen Regierungsebenen dazu auf, rasch konkrete Maßnahmen sowohl im Bereich der Prävention als auch auf Ebene der Justiz zu ergreifen.

Unia begrüßt die Verabschiedung des Aktionsplans der Wallonischen Region und der Föderation Wallonie-Brüssel. Unia wird dem Begleitausschuss angehören, um die Umsetzung aller Maßnahmen zu verfolgen, und wird weiterhin Expertise in Form von Empfehlungen einbringen.

Unia und das Institut empfehlen eine bessere Betreuung von Opfern von Hassdelikten und Hassrede sowie eine Stärkung der Strafverfolgungskapazitäten, insbesondere bei Taten, die online begangen werden und noch zu oft ungestraft bleiben. Dazu gehören gezielte Schulungen für die verschiedenen Unterstützungsdienste für Opfer, einschließlich Polizei.

Unia setzt sich außerdem für eine Untersuchung der Profile und Beweggründe der Täter von Hassdelikten gegen LGBTI+-Personen ein, um geeignetere Maßnahmen für Prävention und Intervention zu entwickeln.

Unia und das Institut befürworten zudem die Annahme eines allgemeinen Rahmens für alternative Maßnahmen anstelle einer ausschließlichen Repression, die einen echten Mentalitätswandel ermöglichen. Die Behörden spielen ebenfalls eine Schlüsselrolle, indem sie klar Stellung gegen Hassrede beziehen und eine Präventionsstrategie unterstützen, die in der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte verankert ist. Eine weniger LGBTI-feindliche Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die an den Ursachen von Hass ansetzt, statt sich darauf zu beschränken, ihn zu bestrafen.

Schließlich setzt sich Unia im Bildungsbereich für eine kontinuierliche Fortbildung der Bildungsakteure ein, um Diskriminierungen zu bekämpfen (EVRAS) und LGBTI+-feindlicher Gewalt vorzubeugen, damit sich Haltungen bereits von früher Kindheit an entwickeln können.

Patrick Charlier, Direktor von Unia: *„Wir würden uns irren, wenn wir glaubten, der Kampf gegen Homophobie und Biphobie sei gewonnen. Diskriminierungen und Gewalt bestehen fort und entwickeln sich mit neuen reaktionären Diskursen weiter. Unia beobachtet diese Entwicklungen aufmerksam und begleitet Opfer vor Gericht, wenn Fälle schwerwiegend sind und eine gesellschaftliche Tragweite haben.“*

Michel Pasteel, Direktor des Instituts für die Gleichstellung von Frauen und Männern: *„Diskriminierungen und Gewalt gegenüber LGBTI+-Personen, insbesondere trans und nicht-binären Personen, bleiben eine besorgniserregende und weitgehend untererfasste Realität. In einem Kontext zunehmender Polarisierung und der Banalisierung von Hassrede ist es dringend notwendig, Prävention, Opferschutz und die justizielle Reaktion zu stärken, um die Grundrechte aller zu gewährleisten.“*

Contact :

Unia : Anne Salmon • +32 2 212 31 00 • +32 478 90 44 27 • anne.salmon@unia.be

IEFH : Aurore Couvreur • +32 2 207 16 98 • aurore.couvreur@iefh.be